

Ordentlicher Parteitag 25./26. Oktober 2008, Aarau

Zurück zum Primat der Politik!

Christian Levrat, Nationalrat FR und Präsident der SP Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

Am Donnerstag war ich in Zürich auf dem Paradeplatz. Nicht um am Sit-In der Juso beim Hauptsitz der UBS teil zu nehmen. Leider auch nicht, um an der Demo der Linken und Gewerkschaften mitzumachen. Nein, ich war einfach an der Messe der strukturierten Produkte, die grosse Schau der Investitionsbanken und Spekulationsfonds. Ich wurde nämlich letzten April eingeladen, an einer Debatte über das Bankgeheimnis teilzunehmen. Die Organisierenden dachten sicher, dass es todschick sei, den SP-Präsidenten, ein Staatsgläubiger, ein Linker, vorzuzeigen! Stellt Euch vor: eine aussterbende Art, ein archaischer Gewerkschafter, der es wagt, eine andere Verteilung des produzierten Reichtums zu fordern!

Nun, Genossinnen und Genossen, das Krawatten tragende Publikum hat die Sache nicht mehr sehr exotisch gefunden. Und zwar, weil ich in der Zwischenzeit etwas wie der Vertreter des Hauptaktionärs der grössten Bank unseres Landes geworden bin. Weil die globalisierten Manager und die Bankiers, welche sich in den Gängen der Ausstellung drängelten, sich schon seit Wochen mit Beklommenheit an Staat und Politik wenden. Weil ihre Investitionsbanken untergegangen sind, verstaatlicht oder aufgekauft worden sind. Weil der Casinokapitalismus, den sie bis anhin vertraten, mit grossem Getöse am scheitern ist.

Wenn die unsichtbare Hand des Marktes vom rechten Weg abkommt!

Was heute vor unseren Augen verschwindet, ist nicht nur ein globalisiertes Finanzsystem mit schamlosen Renditeforderungen. Nein, es ist die ultraliberale Ideologie, jene von Milton Friedman, von Thatcher und Reagan, jene des Weissbuchs, jene eines wichtigen Teiles der selbstproklamierten Wirtschaftselite unseres Landes, jene der Blocher, Ospel und Wüffli. Wie ist doch die Zeit des Weissbuchs, der frohlockenden Deregulierung, der leidenschaftlichen Liberalisierung weggerückt...

Neben den aufkommenden Zweifeln an den Ausschweifungen des Liberalismus, erleben wir heute eine Rehabilitation des Staates als Wirtschaftsakteur und Regulator. Nach Jahren der durch die Globalisierung der Märkte und ihrer treuen Diener diktierte Marschart ist es nun an der Zeit, das Primat der Politik über die Wirtschaft zu bekräftigen. Sowie die Bedeutung der kollektiven Entscheidung gegenüber dem Zufall und der Willkürlichkeit des auf sich selber gestellten Marktes.

Ihr kennt das bestimmt: die unsichtbare Hand des Marktes. Nach Adam Smith, dem Vater des Wirtschaftsliberalismus, bestimmt diese Hand am Besten die Sache. Sie gestaltet die Entscheide so, dass durch Konkurrenz und individuelle Kompetenz immer die gewünschten Resultate auf den Tisch

kommen. Diese unsichtbare Hand hat unsere Politik Jahrzehnte lang bestimmt, so, dass alle diejenigen, die es wagten, das Dogma in Frage zu stellen, als Analphabeten hingestellt wurden.

Nun, heute sucht diese unsichtbare Hand die Hilfe des Staates. Die unsichtbare Hand des Marktes will nun in die rechte Hosentasche der Steuerzahlenden greifen, sie macht sich an Euer Portemonnaie und nimmt jedem Einwohner dieses Landes 10'000 Franken weg. Wohlverstanden: Kinder und Alte inbegriffen! Obwohl sie, die unsichtbare Hand, seit Jahrzehnten nur mit Konsumentinnen und Konsumenten, Anlegerinnen und Anlegern, und Managern zu tun hatte. Sie entdeckt heute, wie durch ein Wunder, dass es Bürgerinnen und Bürger, Nutzerinnen und Nutzer, und sogar eine Tugend der kollektiven Entscheide gibt.

Wiederaufbau eines ökonomischen Systems

Genossinnen und Genossen, unser Wirtschaftssystem muss neu überdacht und geregelt werden. Wir müssen das Steuer in die Hand nehmen, denn die neoliberalen Kräfte, die wir nun schon seit Jahren bekämpfen, haben die Kontrolle verloren. Sie bauen unaufhörlich neue Schiffe, ja Titanics, die immer komplexer und grösser werden, die aber garantiert auf die Eisberge der Geschichte zu treiben. Eines ist sicher: sie werden die Lohnempfängerinnen und Lohnempfänger der realen Wirtschaft bei ihrem Schiffbruch mitziehen. Natürlich werden die Passagiere der ersten Klasse in die Rettungsboote flüchten, währendem die Bevölkerung verzweifelt versuchen wird, es auszubaden. Das Orchester der Rechten wird weiterhin unerschütterlich alte Melodien spielen, genau jene, die uns zu diesem Desaster geführt haben!

Es ist kein Zufall, dass Paul Krugmann und Josef Stiglitz die beiden letzten Nobelpreisträger der amerikanischen Wirtschaft sind. Besser als alle anderen haben sie es geschafft, vor den Gefahren des Systems zu warnen. Sie haben die Finanzwelt, wo mathematische Gleichungen die reale Wirtschaft ersetzt haben, zu Recht angeprangert. Krugmann stellt heute mit uns fest, dass „die Leute, die uns versichert haben, dass der Markt funktioniert, dass das Streben nach immer mehr Profit immer positive Resultate bringt, dass diese „Experten“ sich massiv getäuscht haben.“ Das ist so, und die unsichtbare Hand, die nach dem Steuerzahler greift, ist nur ein Bild dieses Misserfolges.

Wir müssen aus dieser Krise lernen: wir müssen das dominierende Wirtschaftssystem in Frage stellen und die Dogmen der Finanzglobalisierung eingehend prüfen. Wie kann eine humane Wirtschaft gefunden werden? Was tun, um den Lohnempfängerinnen und Lohnempfänger den ihnen zustehenden Platz im Herzen des Systems zurück zu geben? Wie die unabdingbaren Erfordernisse der Globalisierung mit den - nicht weniger dringenden - Notwendigkeiten einer Demokratisierung der Wirtschaft- und Finanzwelt in Übereinstimmung bringen? Es ist die Verantwortung der Linken allgemein, und der SP im Besonderen, auf diese Fragen Antworten zu geben. Klar müssen wir Mehrheiten finden, mit anderen Parteien zusammen arbeiten, um die nötigen Reformen durch zu führen, um Einigungen zu finden. Kompromisse gehören auch dazu. Aber niemand anderer als wir verkörpert die tatsächliche wirtschaftliche Alternative. Jedes Kind weiss es: wenn es brennt braucht es die Feuerwehr und nicht Pyromanen!

Falls die Geschichte Sinn ergibt, hat der Bundesrat den Sinn verpasst!

Diesbezüglich können wir den Bundesrat nur kritisieren. Klar musste man handeln, um das System zu stabilisieren. Aber sagt mir doch: weshalb ist bei uns nicht das möglich, was die Regierungen von Sarkozy, Merkel oder Brown geschafft haben? Weshalb ist es undenkbar, die Banken zu rekapitalisieren? Weshalb soll denn der Staat dazu verurteilt sein, nur die faulen Vermögenswerte, das heisst die Risiken, zu übernehmen? Und somit die Privataktionäre vom Gewicht der Fehler befreien? Notabene Fehler, die sie jahrelang toleriert oder gar gefördert haben.

Wenn je die Redewendung „Verluste sozialisieren, Profit privatisieren“ zutrifft, dann heute. Dieser verblüffende Plan des Bundesrates, der ohne nur den kleinsten Einfluss nehmen zu wollen, massiv Geldspritzen verabreichen will. Die Toleranz den Boni gegenüber, die einem Hold-Up gleichgestellt werden können. Die Umschiffung unseres Rechts, indem man auf die Cayman Islands flüchtet, dies alles ist ein klares Zeichen dafür, dass dieser Spruch heute zutrifft.

Wir fordern, dass dieser Plan in kürzester Zeit korrigiert wird. Zuerst müssen Massnahmen getroffen werden, um zu garantieren, dass nicht ein Franken öffentlichen Geldes verloren gehen wird. Die UBS muss sich formell dazu engagieren, dass sie eventuelle Verluste kompensieren wird. Wir akzeptieren auch nicht ein Projekt, welches der Bank erlaubt, achtundsechzig (68) Milliarden einzukassieren und weiterhin für sieben (7) Milliarden Boni zu verteilen. Zwingende Regeln müssen die Löhne und die Boni der oberen Kaderleute begrenzen. Die reale Wirtschaft darf dabei nicht vergessen werden. Barak Obama wiederholt es seit Wochen. Wir sollten einstimmen: es ist ausgeschlossen, nur „Wall Street“ zu helfen. Wir müssen auch die „Main Street“ unterstützen, jene, die jeden Morgen aufsteht, um zur Arbeit zu gehen, die mit viel Mühe versucht, Berufs- und Familienleben unter einen Hut zu bringen. Jene, die sich oft mit viel Leidenschaft in unseren Verbände, Clubs oder Parteien engagiert, um unsere Welt mitzugestalten.

Wir fordern heute, dass ein Impulsprogramm auf die Beine gestellt wird. Ein Programm, das es erlaubt, gegen die sich ankündende Wirtschaftskrise zu kämpfen: neben einem Energiesanierungsprogramm für die Gebäude sollen die nötigen Infrastrukturarbeiten in Gemeinden, Kantonen und beim Bund sofort in Angriff genommen werden. Wir rufen die Kantonalbanken auf, den Hypothekarzins zu senken, um den Mietern und Mieterinnen und den kleinen Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer etwas mehr Kaufkraft zu geben. Im gleichen Sinne appellieren wir an die Unternehmen diesen Herbst von ihrem Handlungsspielraum Gebrauch zu machen, um die Löhne anzupassen. Nur eine starke innere Konsumbereitschaft kann uns helfen, den Schaden zu begrenzen. Für uns ist es ausgeschlossen, dass dem Paradeplatz eine 68 (achtundsechzig) Milliardenpritze verabreicht wird und gleichzeitig die Lohnempfänger der Wirtschaft fallen gelassen werden. Das werden wir nicht zulassen.

Von der wirtschaftlichen zur politischen Globalisierung

Genossinnen und Genossen, diese Krise wird die Welt verändern. Sie stärkt erneut das Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft. Auch in der globalisierten Welt! Die letzten zehn Jahre waren Jahre der wirtschaftlichen Globalisierung. Die Weltakteure waren die grossen internationalen Firmen, jene des Finanzmarktes, der Energie und der Verteilung. Die Schweiz machte da voll mit.

Nein, nicht die politische Schweiz, denn die ist isoliert, ja, gefährlich abseits der grossen institutionellen Foren. Aber die Schweiz der Geschäfte, die war da voll drin!

Die Zunahme der Kraft des Staates ist heute unbestritten. Die EU hat für sich eine Handlungsfähigkeit entdeckt, die sie vorher nicht gekannt hat. Die Appelle für eine internationale Regelung der Märkte vermehren sich. Und diese neue Gunst der Politik bringt die Schweiz in eine neue, heikle Situation. Die privaten globalen Akteure wie Nestlé, Novartis, UBS, ABB und andere, die bei uns Unterschlupf haben, erlauben es heute nicht mehr, unsere politische Isolation zu kompensieren. Auch wenn die bilateralen Verträge nötiger denn je sind, so sind sie doch nur eine Notlösung. Auf der internationalen Szene bestehen heisst, bei der Verwaltung der weltweiten Krise mitzumachen, und zwar in den globalen entscheidenden Institutionen. Die EU hat eine erstaunliche Einheit der Aktion gefunden. Sie hat es geschafft, mindestens teilweise das transatlantische Spiel auszugleichen und gemeinsam gegenüber der Entwicklung der Märkte zu reagieren. Leider sind wir hier nur Zuschauer!

Genossinnen und Genossen, ich verstehe, dass das Gesellschaftsmodell, dass der europäische Binnenmarkt Euch nicht gerade vor Begeisterung von den Stühlen hebt. Dass sich die Kritik an der unsozialen Rechtsprechung des europäischen Gerichtshofes häuft. Dass der demokratische Ansatz aus Brüssel manchmal vor Empörung zittern lässt. Aber erlaubt mir eine Frage: wäre es nicht einfacher, Europa von innen her zu verändern? Ist es nicht ungesund, den Steuermann aus dem Hintersitz zu kritisieren? Sollte man nicht auf den Führersitz aufsteigen, um etwas Einfluss auf die Routenplanung zu nehmen?

Rückfällige Pyromanen

Der finanzielle Zusammenbruch ist nur das letzte Missgeschick des realen Fehlschlags der neoliberalen Ideologien. Ich komme nicht umhin, den traurigen Misserfolg der Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes zu erwähnen. Die Liberalisierung hat zu massiven Tarifierhöhungen geführt. Sie hat eine unerlaubte Praxis der grossen Elektrizitätsgruppen gebracht, dies mit dem einzigen Ziel, die Reserven zu erweitern, in der Hoffnung, neue AKW bauen zu können.

Das aktuelle Chaos ist direkt mit der Liberalisierung verbunden. Und eigentlich logisch. Der Markt ist nicht ein Ordnungsfaktor. Die unsichtbare Hand gibt es nicht. Die Manager liberalisierter Infrastrukturen kümmern sich wenig um Ordnung, Versorgungssicherheit, langfristige Planung und Qualität des Service public. Dagegen müssen sie zeigen, dass sie mindestens so aggressiv sind wie die privaten Manager, um ihre Unternehmen zu restrukturieren und zu reorganisieren. Und natürlich, dass sie nicht weniger den kurzfristigen Profit suchen. Wie liesse sich sonst erklären, dass Andreas Meyer, der Chef der SBB, mehr als 1,2 Millionen Franken pro Jahr verdient?

Wir müssen diese Deregulierungs- und Liberalisierungsübungen stoppen. Wenn nötig, mit Hilfe des Volkes. Denn alles deutet darauf hin, dass der Bundesrat die Botschaft nicht wirklich verstanden hat. Er hat erst gerade letzten Mittwoch entschieden, die Liberalisierung der Post voran zu treiben. Eine neue Liberalisierung, die die gleiche Wirkung erzeugen wird: Preiserhöhung für die Kundschaft, Verschlechterung des Service, Chaos auf dem Markt. Mitten in der Finanzkrise, noch während die Bevölkerung unter Schock steht wegen der Tarifierhöhung der Stromkonzerne, entscheidet der

Ordentlicher Parteitag 25./26. Oktober 2008, Aarau

Bundesrat, die Post zu liberalisieren. Das ist inakzeptabel! Wir werden das nicht zulassen! Wenn nötig, zusammen mit dem Volk, um die rückfälligen Pyromanen und Brandstifter zu stoppen. In der Tat brauchen auch die besten Feuerwehrleute die Hilfe des Volkes, um gewisse Brände zu löschen.

Gut bezahlte Blindheit

Weshalb diese allzu grosse Nachsicht der Politik gegenüber der geistigen Umnachtung der Finanz- und Wirtschaftswelt? Teilweise sicher wegen ideologischer Erblindung, weil gewisse Kreise wirklich glauben, dass die unsichtbare Hand uns davor bewahrt, gemeinsame Regeln zu fixieren und kollektive Entscheide zu treffen. Teilweise aber auch durch persönliche Nähe, weil in einem Milizparlament die wirtschaftlichen und politischen Eliten sich ständig treffen, und so eine „pensée unique“, ein gemeinsames Dogma, entwickeln.

Aber auch, und das ist schon etwas peinlicher, weil die einen finanziell stark von den andern abhängig sind. Auf der persönlichen Ebene ist das klar: viele unserer Kollegen und Kolleginnen sitzen in gut bezahlten Verwaltungsräten, Stiftungsräten, Wissenschaftsräten von grossen Unternehmen dieses Landes. Aber auch auf der institutionellen Ebene ist es klar: die drei rechten Parteien werden massiv von den Banken und der Pharmaindustrie finanziert. Eine Studie von Actares zeigte es letzten Januar klar: die Hälfte der grossen Unternehmen des Landes haben zugegeben, dass sie die bürgerlichen Parteien mit Jahresbeiträgen finanzieren.

Wir müssen diesem System ein Ende setzen. Es ist unmoralisch und setzt die Unabhängigkeit und den Ruf der Politik aufs Spiel. Die Resultate sind katastrophal. Das Subventionieren der rechten Parteien durch die grossen Banken ist einer der Gründe, der UBS-Krise. Die Rechte wollte keine Gesetze erlassen, um der Krise vorzubeugen, wollte keine strengere Regeln gegen jeweilige Risiken, weil sie ihren mächtigen Geldgebern nicht missfallen mochte. Wegen den Spenden aus diesen Kreisen haben die Bürgerlichen es akzeptiert, dass die Politik der Wirtschaft unterworfen ist. Das Resultat sehen wir jetzt!

Ich kam nicht umhin, gegenüber dem seit einer Woche dauernden rhetorischen Wettbewerb unserer politischen Gegner zu schmunzeln. Jeder wollte kräftiger und mit mehr Eloquenz die Boni der Bankmanager verurteilen. Nur vergessen sie eines: sie haben sich immer gegen eine Regulierung gesträubt. Wenn Fulvio Pelli die Bankenchefs nun um Rückgabe dessen bittet, was sie in den letzten Jahren erhalten haben, vergisst er mit dem Beispiel voranzugehen. Wenn auch jedes Kind den Misserfolg der UBS-Chefs versteht, so wissen die Leute auch, dass dies die Konsequenz der Unterwerfung der bürgerlichen Parteien unter die wirtschaftlichen Kräfte ist. Toni Brunner: zahlen Sie die Parteispenden zurück! Sie sollten sich ob der erhaltenen Summen schämen! Wir sind nicht einverstanden mit der Wirtschaftspolitik, die sie führen: Zahlen Sie die Summe also zurück. Und: befreien Sie sich aus dem goldenen Käfig, in den Sie von den grossen Unternehmen unseres Landes gesteckt wurden.

Prioritäten setzen.

Die derzeitigen Umstände sind für unsere Partei zwar eine Chance, aber auch eine grosse Verantwortung. Sie geben uns die Möglichkeit, die Wirtschaft zu reformieren, die Demokratie zu erneuern und die Spielregeln gründlich zu verändern.

Dies schaffen wir aber nur, wenn wir unser Handeln konzentrieren, wenn wir intelligent und mit klarem Blick die Entscheidungen treffen, die sich uns in den nächsten Jahren aufdrängen. Wir schlagen Euch heute vor, drei Prioritäten festzulegen:

1. Eine **Sozialpolitik** die auf zwei Zielen aufbaut : Zunächst Prävention, denn es geht darum, den Leuten zu erlauben, ihr Leben selbständig und ökonomisch unabhängig gestalten zu können, indem koordinierte Massnahmen ergriffen werden, zum Beispiel in der Familienpolitik oder in der Weiterbildung. Die Chancengleichheit muss garantiert sein, die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern umgesetzt. Ein immer noch notwendiger Kampf, wie es die erstaunlichen Resultate des Verfassungsrates in Genf gezeigt haben: weniger als 20% (zwanzig Prozent) Frauen wurden in einem Pionierkanton, was die Gleichstellung betrifft, in das Gremium gewählt. Dann braucht es auch eine Korrektur der Sozialpolitik, um des sozialen Netzwerk zu erlauben, solidarisch, stark und wirksam zu funktionieren.

Ein Sozialnetz, über dessen Modernisierung am 30. November eine Abstimmung stattfindet. Genossinnen und Genosse: diese Initiative gibt Antwort auf ein unbestrittenes Bedürfnis. Die wahre Frage, die sich stellt ist folgende: Wie antworten wir darauf? Indem man im Rahmen der zweiten und dritten Säule noch mehr in die Börse investiert, indem man unsere Renten in den Casinos des Marktes verspielt? Oder indem man die AHV stärkt, indem man auf die sozialste, solideste, solidarischste, die gerechteste Sozialversicherung setzt? Wenn uns diese Krise etwas lehrt, dann dies: es ist tausendmal besser, die sozialen Bedürfnisse unserer Epoche durch die AHV anstelle durch Kapitalisation zu decken. Die Risiken sind kleiner und das Resultat ist besser.

2. Wir wollen ein permanentes Engagement für die **Kaufkraft**. Ein Kampf, der über eine Aufwertung der Löhne, der Renten und der Familienzulagen läuft. Aber auch über konzentrierte Reformen der hauptsächlichen Kosten, die unser Mitbürgerinnen und Mitbürger betrifft: die Mieten, die Gesundheit, die Mobilität.

Die Krise des Kapitalismus ist eine Krise der Umverteilung. Sie ist die Folge einer ungerechten Verteilung des Reichtums, mit Lohnabhängigen auf der einen Seite und Aktionären, Managern und internationalen Gruppen auf der anderen Seite. Vom Staat fordern, dass er nicht nur die Banken unterstützt, heisst verlangen, dass er sich auch um die Kaufkraft der Familien kümmert, um die Anpassung der Einkünfte und der Preise. Menschenwürdiges Wohnen durch korrekte Mieten, bezahlbare Krankenkassenprämien, öffentliche Verkehrsmittel, die effizient und erschwinglich sind, das sind unsere Forderungen!

3. Wir haben vier Jahre Zeit, um zu beweisen, dass es mittel- und langfristig ohne AKW funktioniert. Vier Jahre, um zu zeigen, dass es unsere Anstrengungen für mehr Energieeffizienz und **erneuerbare Energien** der Bevölkerung erlauben, den Lebensstandard zu halten und aus der Sackgasse des Atomstroms zu kommen.

Mehr als je müssen wir bekräftigen, dass die Investitionen in erneuerbare Energien rentabel sind, dass die Zeiten der Pioniere der Sonnenenergie, der Geothermik, des Windes heute den Industriellen dieser Technologien Platz gemacht haben. Es geht um Zehntausende von Arbeitsplätzen für unsere Kinder. Wir können die Lebensqualität verbessern und gleichzeitig das wirtschaftliche Wachstum in unserem Land fördern. Während die Rezession droht, entsprechen die Zögerungen der Politik einer krassen Fahrlässigkeit. Wir wissen, was zu tun ist, wir haben die finanziellen Ressourcen dazu. Packen wir's an, hören wir auf, zu zögern!

Lustvolle Politik

Seit bald zehn Monaten streife ich durchs Land, um die SP-Sektionen zu besuchen, um unseren Mitgliedern zu begegnen. Ich habe oft ein ausserordentliches Engagement für unsere Partei angetroffen. Manchmal auch etwas Entmutigung nach Wahlniederlagen, die wir in den letzten Monaten einstecken mussten.

Genossinnen und Genossen, die Kraft des Einzelnen lässt sich messen. Jene der Parteien aber auch: es ist unsere Kraft, aufzustehen und uns im Hinblick auf schwierige Zeiten zu entwickeln. Es ist das Engagement und die Motivation unserer Mitglieder, die aus uns eine ausschlaggebende, unumgängliche soziale Bewegung macht.

Ich wünsche uns allen, dass wir den Mut, die Motivation, aber auch die Lust haben, miteinander die unabdingbaren politischen Kämpfe zu führen. Zusammen können wir den Erfolg von morgen aufbauen. Der Weg ist noch weit bis 2011. Aber wir werden siegreich dort ankommen, unter der Bedingung, dass wir unseren Elan und unseren Enthusiasmus intakt behalten. Unsere Verantwortung ist sehr gross. Ich hoffe, dass wir ihrer würdig sind.